

liehen Rechts gemacht werden sollen, daß man sie also nicht als handelsrechtliche Gesellschaften oder als Regiebetriebe führen soll. Wir, die wir draußen die Politik der Partei in den Selbstverwaltungsorganen vertreten und durchzuführen haben, kämpfen in dieser Frage einen sehr schweren Kampf. Wie ist in dieser Beziehung die heutige Lage? Während der private Kaufmann und Unternehmer, die landeseigenen Betriebe und der Revisions- und Wirtschaftsverband die Möglichkeit haben, ihre Betriebe zusammenzufassen, bei der Steuer-
veranlagung die passiven und aktiven Betriebe gegeneinander aufzurechnen, ist das den Gemeinden, wenn sie die Betriebe als Eigenbetriebe oder Regiebetriebe führen, nicht gestattet. So kommt es, daß aktive Betriebe große Beträge an Körperschaftssteuer abführen müssen, die an sich aus künstlichen Gewinnen herrühren; denn die Gemeinden hätten heute in ihren Betrieben keine Überschüsse, wenn sie die Möglichkeit hätten, ihre Gelder umfassender in den Betrieben zu investieren. Dazu fehlen aber eine ganze Reihe von objektiven Voraussetzungen. Wir bitten deshalb, daß die Partei dafür sorgt, in den Landtagen der Besatzungszone die berechtigten Forderungen der Dresdener kommunalpolitischen Konferenz gesetzlich zu verankern. Vor allem geht es darum, die Forderung der Konferenz zu verwirklichen, wonach die Körperschaftssteuer aus den Gemeindebetrieben den Gemeinden wieder zufließt. Wenn diese Forderungen erfüllt werden, so haben wir eine weitere Voraussetzung dafür geschaffen, daß die demokratischen Selbstverwaltungsorgane ein wichtiges Glied in der Reihe der Kämpfer sind, die für ein friedliches, freies und wahrhaft demokratisches Deutschland eintreten. (Beifall.)

B r u s c h k e (Halle): Parteigenossen und Parteigenossinnen! In dem schriftlichen Bericht des Parteivonstandes an den Parteitag ist zur Reorganisation der Verwaltungen Stellung genommen worden. Mit Bezug auf die vorliegenden Statistiken wird in diesem Bericht festgestellt, daß eine tatsächliche und wirkungsvolle Entnazifizierung erfolgt ist, und daß die Säuberung der Verwaltungen nach der Direktive 24 als abgeschlossen gelten kann. Man sollte meinen — und diese Meinung ist innerhalb der Parteigenossenschaft außerordentlich weit verbreitet —, daß damit in politischer Hinsicht der Verwaltungsapparat zu einem zuverlässigen oder zumindest zuverlässig funktionierenden Instrument geworden sei. Trotzdem werden laufend in allen Einheiten der Partei sowohl gegenüber der sachlichen als auch der politischen Arbeit der Verwaltungen schärfste Kritiken geübt. Es hat keinen allzugroßen Wert, auf die einzelnen Beispiele einzugehen, die einer solchen Kritik zugrunde gelegt werden, weil dabei